



Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Landesverband Bayern e.V.

PRESSEMITTEILUNG – An die Redaktionen

11.09.2017

Übergabe der agrarpolitischen Erklärung der AbL an Staatsminister Dr. Marcel Hubel

Vor den Bundestagswahlen: Landwirtschaft und Agrarpolitik stehen vor wichtiger Weichenstellung AbL fordert konkrete Maßnahmen für bäuerliche Betriebe, Tierschutz und Umwelt

München, den 11.09.2017: Die AbL-Bayern ist heute mit einem Traktor bei der Staatskanzlei vorgefahren und hat ein agrarpolitisches Positionspapier an Staatskanzleichef Dr. Marcel Huber überreicht. Mit dabei waren Kinder und Enkel der AbL-Bauern mit ihren Tret-Bulldogs um die Bedeutung der Forderungen für die Zukunft der heimischen Landwirtschaft darzustellen.

Nach den Bundestagswahlen stehen wichtige Weichenstellungen in der Agrarpolitik an. „Ein Weiter wie bisher stellt die Landwirtschaft vor die unlösbare Aufgabe, den steigenden Anforderungen von Tier- und Umweltschutz gerecht zu werden und zugleich einen Exportmarkt zu bedienen, der diesen Aufwand nicht annähernd honoriert“, so Josef Schmid, Landesvorsitzender der AbL in Bayern. Größenwachstum und weiterer Strukturwandel lösen nach Meinung der AbL dieses in der agrarpolitischen Zwiespältigkeit begründete Problem nicht, sondern zerstören Existenzen und setzen die notwendige Zustimmung der Zivilgesellschaft aufs Spiel.

„Bei Gesprächen mit Staatsminister Helmut Brunner stellen wir immer wieder viele Übereinstimmungen in agrarpolitischen Zielsetzungen fest“, berichtete Landesvorsitzender Josef Schmid. Besonders darin, die bäuerlichen Betriebe zu erhalten, welche durch ihre gesellschaftlichen Leistungen besonders dazu beitragen, das Erscheinungsbild unseres Landes und die Akzeptanz bei den Verbrauchern zu erhalten.

Ziel der Aktion sei deshalb, in den Reihen der CSU ein Umdenken in der Agrarpolitik anzuregen, um die in der bayerischen Agrarpolitik erkennbare Richtungsänderung auch auf Bundesebene fortzusetzen.

Dr. Marcel Huber betonte nach der Darstellung der AbL-Positionen, dass beim größten Teil Übereinstimmung bestehe, vieles sei sogar genau das, was wir in Bayern machen und uns vom Bund auch unterscheide. Er selber habe sich in einer Arbeitsgruppe der CSU seinerzeit persönlich sehr für eine gentechnikfreie Landwirtschaft eingesetzt. Bei der Milch komme die nächste Krise bestimmt, hier müsse eine Lösung auf europäischer Ebene gefunden werden. Qualität sei jedenfalls der bayerische Weg.

Die AbL fordert u.a. folgende Maßnahmen:

1. Die Tierhaltung, insbesondere die Schweine- und Geflügelhaltung, muss umgebaut werden.

Mit den Kosten dürfen die Bauern nicht allein gelassen werden. Bund- und Landesregierung müssen ein befristetes Finanzierungsinstrument dafür schaffen und klare Qualitäts-Kennzeichnungsregeln verbindlich festlegen, damit Verbraucher bewusst einkaufen können.

2. Für fairen Handel und für weltweite Ernährungssouveränität: Der Agrarexport auf die Weltmärkte zu niedrigsten Preisen, u.a. in arme Länder der Welt, muss beendet werden. In den Agrarhandel sollen ausschließlich Qualitätsprodukte mit hoher Wertschöpfung gehen. Die Freihandelsabkommen, die Regelungen zu Gunsten der Agrarindustrie und zum Nachteil der Bauern festlegen, sind zu stoppen (z.B. Ceta, Jefta). Futtermittelimporte sind durch heimische Eiweißträger zu ersetzen.

3. Der Milchmarkt braucht faire Regeln und Qualitätsorientierung. Statt durch steigende Erzeugungsmengen sehenden Auges in die nächste Milchpreiskrise zu schlittern, müssen Mengenreduzierende

Maßnahmen unterstützt werden. Die AbL fordert eine Marktdifferenzierung durch Qualität- z.B. Weidewirtschaft und grundfutterbetonte Fütterung.

4. Natur- und Klimaschutz vorantreiben, Rückgang der Biodiversität stoppen

Die Landwirtschaft ist mitverantwortlich für den Rückgang der Artenvielfalt sowie das Fortschreiten des Klimawandels. Es drohen Strafzahlungen seitens der EU in Millionenhöhe (z.B. Verstoß gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie, NERC-Richtlinie zur Minderung der Luftschadstoffe) und einzelbetriebliche Ernte- und damit Einkommensverluste.

Die AbL setzt sich für eine flächendeckende Ökologisierung der Landwirtschaft ein – sowohl im konventionellen, als auch im biologischen Landbau. Bäuerinnen und Bauern, die besonders umwelt- und klimaverträglich wirtschaften, müssen politisch unterstützt und gefördert werden – siehe Punkt 8 GAP.

5. Bodenpolitik für Bauern. Bund und Länder sollen nicht weiter den Bodenkauf durch außerlandwirtschaftliche Investoren beklagen, sie sollen ihn gesetzlich beenden. Nicht die flächenstärksten Betriebe sondern bäuerliche Betriebe und insbesondere junge Menschen, die sich in der Landwirtschaft eine Existenz aufbauen wollen, müssen ein Vorkaufsrecht erhalten, auch wenn sie nur bis 120 Prozent des Verkehrswertes mitbieten können.

6. Die gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung sind bundesweit sicher zu stellen.

Die neuen Gentechnikverfahren sind als Gentechnik einzustufen und zu regulieren. Die Kennzeichnungspflicht bei Milch und Fleischprodukten, wenn die Tiere mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, ist endlich einzuführen. Das Vorsorgeprinzip und die Saatgutreinheit sind zu gewährleisten. Die AbL schlägt einen Saatgutfonds vor, um eine gentechnikfreie, nachbaufähige Saatgutzüchtung zu fördern. Der Patentierung von Pflanzen und Tieren muss ein wirksamer politischer Riegel vorgeschoben werden.

7. Nachbau beim Saatgut nicht bekämpfen, Saatgutfonds einrichten

Im europäischen und deutschen Saatgutrecht muss die neue Bundesregierung dafür eintreten, dass die Saatgutvielfalt garantiert und der Zugang zu Sorten nicht beschränkt wird. Der Streit zwischen Züchtern und Landwirten um Nachbaugebühren und das Ausforschen der Bauern ist zu beenden. Anstelle von Nachbaugebühren muss ein Saatgutfonds vom Staat eingerichtet werden. Mit diesem Fonds werden zu gleichen Anteilen im konventionellen und ökologischen Bereich nachbau- und samenfeste sowie gentechnikfreie Züchtungsprojekte gefördert.

8. Die zukünftige EU-Agrarpolitik muss sich an Leistungen für die Gesellschaft orientieren.

Die bisherige EU-Agrarpolitik mit der völlig unakzeptablen Verteilung der Direktzahlungen – 85 Prozent der EU-Zahlungen gehen an 20 Prozent der Betriebe – ist grundlegend zu reformieren. Die AbL fordert, durch einen höheren Aufschlag auf die ersten Hektare und eine Differenzierung anhand der vorhandenen Daten bäuerliche Betriebe zu stärken. Durch ein entsprechendes Punktesystem, basierend auf Betriebsdaten, können ohne viel Bürokratieaufwand, Höfe mit kleineren Feldern, vielfältigeren Fruchtfolgen, höherem Grünlandanteil, Eiweißpflanzen, Hecken, Streuobstwiesen und tiergerechteren Haltungssystemen höher gefördert werden als solche, die mehr auf Rationalisierung setzen. Gerade die genannten bäuerlichen Strukturen liefern zugleich die von der Gesellschaft gewünschten Leistungen ökologischer, sozialer und kultureller Art.

V.i.S.d.P.: Landesvors. AbL-Bayern, Josef Schmid, 08742/8039 und 0171/1108148
Kasthal 1, 84181 Neufraunhofen abl-bayern@web.de